

Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Amtsärztliche Untersuchung gem. Auftrag

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied

Gesundheitsamt

Ringstraße 70

56564 Neuwied

Tel.: +49 (0) 2631-803 723

Telefax: +49 (0) 2631-803 93 723

E-Mail: gesundheitsamt@kreis-neuwied.de

Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied

Datenschutzbeauftragter

Augustastr. 7-8

56564 Neuwied

Telefon: +49 (0) 2631-803 0

E-Mail: datenschutz@kreis-neuwied.de

4. Zwecke der Datenverarbeitung

Erheben von Gesundheitsdaten als notwendige Voraussetzung für die angemessene Beurteilung und Erstellung eines amtsärztlichen Gutachtens.

5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (erforderliche Aufgabenwahrnehmung im öffentlichen Interesse) i.V.m. mit den folgenden Gesetzen, Verordnungen und Verträgen verarbeitet: Landesgesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Bürgerliches Gesetzbuch, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit; Bundes- und Landesbeamtenengesetz; TVöD, Beihilfeverordnung, Landesblindengeldgesetz, Landeshochschulgesetz, Lehrkräftearbeitszeitverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz, Asylverfahrensgesetz, Sozialgesetze, Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe. Es handelt sich um eine nicht abschließende Aufzählung und kann im Einzelfall auf Grundlage geänderter und erweiterter Gesetzgebung ergänzt werden.

6. Betroffene Person(en)

zu begutachtende Person

7. Kategorien der personenbezogenen Daten

- Kontaktdaten (wie z. B.):
 - Name, Geburtsname, Vorname, Titel
 - Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit
 - Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort
 - Telefonnummer
 - Name des Betreuers/Erziehungsberechtigten
- Gesundheitsdaten
- Informationen durch den Arbeitgeber oder Dienstherrn

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Es erfolgt eine Datenweitergabe in Form des amtsärztlichen Gutachtens an den Auftraggeber des jeweiligen amtsärztlichen Gutachtens auf Grundlage entsprechender o.g. Gesetzgebung. Bei dem Auftraggeber handelt es sich nicht um Privatpersonen.

Die Übermittlung erfolgt im Sinne der Fragestellung oder zur fachlichen Klärung von medizinischen Sachverhalten. D.h. es werden nur diejenigen Daten übermittelt, die im Rahmen der Fragestellung notwendig sind. Auf die Mitteilung von Diagnosen wird weitestgehend verzichtet, sofern dies nicht zur Erstellung des Leistungsbildes unverzichtbar ist; in der Regel werden Funktionseinschränkungen oder Leistungseinschränkungen beschrieben. Zusätzliche medizinische Informationen, die nicht unmittelbar mit der gutachterlichen Fragestellung in Zusammenhang stehen, bleiben unerwähnt.

9. Übermittlung an ein Drittland

findet nicht statt

10. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung nur so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist, mind. jedoch 10 Jahre.

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen

vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: September 2020